

Neue Westfälische vom 15. September 2018

Unternehmen im Mühlenkreis setzen Zeichen gegen Rechts

Erklärung: Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes Minden-Lübbecke blickt mit Sorge auf aktuelle gesellschaftliche und politische Entwicklungen. Gemeinsam rufen die Mitglieder zu einer deutlichen Positionierung gegen fremdenfeindliche Tendenzen auf

■ **Kreis Minden-Lübbecke** (nw/fei). Gemeinsam sind sie stark. Nicht nur in wirtschaftlichen Fragen, sondern auch in gesellschaftlichen. Und genau aus diesem Grund war es für die heimischen Unternehmer aus dem Mühlenkreis jetzt an der Zeit, nach den jüngsten Vorfällen in Chemnitz und Köthen ein deutliches Zeichen zu setzen. In einer Pressemitteilung spricht sich der Vorstand des Arbeitgeberverbandes (AGV) Minden-Lübbecke geschlossen gegen jede Art von Gewalt, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aus – und rufen dazu auf, „sich diesbezüglichen Tendenzen entschlossen entgegenstellen“.

Gerade als „Stimme der Wirtschaft“, so heißt es, fühle man sich zu einer solchen Erklärung verpflichtet. Denn trotz stabiler wirtschaftlicher Lage steige offenbar die Angst und die Unzufriedenheit bei mehr und mehr Menschen. Diese zeige sich inzwischen „in offener Ausländerfeindlichkeit und einer Radikalisierung bei der Äußerung von politischen Positionen, die von dem für unsere Demokratie unverzichtbaren Grundrecht der freien Meinungsäußerung ganz offensichtlich nicht mehr gedeckt sind“, so der Vorstand des AGV.

Zwar stehe es außer Frage, dass sich in Deutschland jeder an die geltenden Gesetze zu halten habe. Jedoch: „Unabhängig von Nationalität, Hautfarbe und Religion sind Gesetzesverstöße ausnahmslos im Rahmen der gültigen Rechtsordnung zu ahnden und zu sanktionieren. Das gilt für Gewaltverbrechen genauso wie

für Volksverhetzungen“, heißt es in der Erklärung.

Besorgt zeigen sich die Unternehmer insbesondere von dem Eindruck, den die Geschehnisse der letzten Wochen im Ausland hinterlassen. Es könne in niemandes Interesse sein, als Land wahrgenommen zu werden, „in dem Nichtdeutsche unter Beifalls-

bekundungen und offenen nationalsozialistischen Parolen von Gruppen mit eindeutig rechtsradikalem Gedankengut gejagt werden“.

Mit Blick auf die heimische Wirtschaft stellt der AGV, der im Kreis Minden-Lübbecke immerhin 168 Unternehmen vertritt, zudem eine gewisse Abhängigkeit von Zuwande-

rung fest: „Nur durch Mitarbeiter, die aus dem Ausland zu uns kommen, können wir dem demografischen Wandel entgegenwirken und unseren Wohlstand sichern.“ Darüber hinaus sei eine Sicherung der Sozialsysteme ohne Zuwanderung nicht möglich.

Voraussetzung dafür sei jedoch, dass sich Menschen aus dem Ausland „in unserem Land willkommen fühlen und sich frei und ohne Angst vor Anfeindungen bewegen und aufhalten können“. Dafür habe die gesamte Gesellschaft Sorge zu tragen. Gleichzeitig bleibe jedoch die Politik gefordert, „passende und klare Einwanderungsgesetze“ zu erlassen und umzusetzen.

Als Unternehmen aus Minden-Lübbecke werde man weiterhin dazu beitragen, dass sich ausländische Mitarbeiter aufgenommen fühlen. „Wir distanzieren uns eindeutig und unmissverständlich von jeglicher Form von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und rufen nicht nur unsere Belegschaften, sondern alle Menschen der Region Minden-Lübbecke auf, sich jeglichen diesbezüglichen Tendenzen friedlich und dennoch klar und deutlich entgegenzustellen“, heißt es zum Abschluss der Erklärung.

Einzelstatements der AGV-Vorstandsmitglieder

◆ **Robert Falch** (Minda Industrieanlagen): „Als international tätiges Unternehmen dürfen wir uns täglich mit anderen Kulturen auseinandersetzen. Das ist ein Privileg, was uns auch eine andere, positivere Sicht auf die Integration von „Fremden“ in unserem Land ermöglicht.“

◆ **Michael Pütz** (Harting Technologiegruppe): „Aufgewachsen in einem friedlichen, weltoffenen und toleranten Nachkriegsdeutschland hätte ich mir nicht vorstellen können, dass rechtsextrêmes Gedankengut und Ausländerfeindlichkeit in unserem Land die Wahrnehmungsschwellen wieder deutlich übersteigen könnten.“

◆ **Sven Hohorst** (Wago Kontakttechnik): „Die Ver-

letzung des Artikels 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland durch gewaltbereite Personen darf nicht einfach hingenommen werden. Das ist gemeinschaftliche Aufgabe.“

◆ **Alfred Dalpke** (Dalpke Group): „Wir sind ein Unternehmen mit internationalen Mitarbeitern und auf deren Arbeitsleistung angewiesen. Aus diesem Grund und aus Gründen der Menschlichkeit können derartige Vorgehensweisen nicht toleriert werden.“

◆ **Anja Ruschmeier** (BeCo Matratzen): „Wir als mittelständisches Unternehmen mit einer multikulturellen Belegschaft distanzieren uns von jeder Form von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Selbstjustiz und ebenso von gewaltbereiten Menschen.“

◆ **Armin Gauselmann** (Gauselmann-Gruppe): „Da wir ein multinationaler Konzern sind, der auf allen fünf Kontinenten vertreten ist und über 13.000 Mitarbeiter rund um die Welt beschäftigt, erklärt sich unsere Einstellung von alleine.“

◆ **Henrik Follmann** (Follmann-Gruppe): „Als Unternehmer stelle ich mich mit meiner ganzen Kraft gegen Gewalt, Anfeindungen und Ausgrenzung, von welcher Seite auch immer.“

◆ **Patrick Jacob** (Jacob Group): „Wir sehen es als unsere gesellschaftliche Pflicht, den Anfängen zu wehren und appellieren an uns alle in Deutschland und Europa, einen Beitrag gegen Ausgrenzung, Rassismus und rechtes Gedankengut zu leisten.“